



# **Ergebnisse der Haushaltsklausur 2003 der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bedburg am 15.03.2003**

von Guido van den Berg



## Eine ehrliche Analyse

Grundsätzlich muß die SPD-Fraktion feststellen, dass sich die Beratungen zum Haushalt 2003 sehr schwierig gestalten. Dies hat zunächst eine technische Ursache: Die neue Produkt- bzw. Budgetbeschreibung ersetzt nunmehr die traditionelle Kammeralastik, ohne, dass z.B. auf verlässliche Daten in Form von Rechnungsergebnissen zurückgegriffen werden kann. Dieser Umstand erhöht die Unsicherheiten und Planungsrisiken und verlangt von den Ratsmitgliedern einen erhöhten Vertrauensschuß, den die SPD-Fraktion zu leisten bereit ist. Die Umstellung auf Budgets und Produkte ist von uns in der Vergangenheit mitgetragen worden und wir begrüßen sie nach wie vor, da wir uns erhoffen, dass hierdurch eine höhere Transparenz erzielt werden kann und wir letztlich eine Antwort auf die Frage erhalten, was der Bedburger Steuerzahler für sein Geld wirklich bekommt.

Die Schwierigkeit der Beratungen zum Haushalt 2003 sind aber natürlich auch in materieller Sicht zu sehen. Kurzum: Finanzpolitisch betrachtet ist auch für die Stadt Bedburg „die Luft sehr dünn geworden“. Für die SPD-Fraktion stellt sich angesichts dieser Situation eine zentrale Frage: Haben Verwaltung und Ratsmehrheit eine geeignete Strategie für den notwendigen Prozess der Konsolidierung?

**Tabelle 1: Die wesentlichen allgemeinen Deckungsmittel**

	2003	2002	Verbesserung / Verschlechterung (-)
	Tsd. €		
Grundsteuer A	161,3	163,5	-2,3
Grundsteuer B	2.600,0	2.200,0	400,0
Gewerbsteuer	3.300,0	1.550,0	1.750,0
Gem.-Ant. Einkommensteuer	6.945,0	7.372,0	-427,0
Gem.-Ant. Umsatzsteuer	520,0	540,0	-20,0
Schlüsselzuweisungen	2.242,8	6.053,0	-3.810,2
Komp.-Leistg. Fam.-Leistungsausgl.	598,9	659,6	-60,7
Erstattg. Solidarbeitrag	152,0	0,0	152,0
Verzinsung Gewerbesteuer	280,0	150,0	130,0
	<b>16.799,9</b>	<b>18.688,1</b>	<b>-1.888,2</b>

Die Entwicklung der wesentlichen allgemeinen Deckungsmittel zeigt zunächst erhebliche Mehreinnahmen in Höhe von 1,7 Mio. Euro Gewerbesteuer bzw. durch die Erhöhung der Grundsteuer B um 0,4 Mio Euro. Dies wird aber deutlich niviliert durch die Negativentwicklung bei den Schlüsselzuweisungen in Höhe von -3,8 Mio. Euro bzw. dem Rückgang am gemeindlichen Anteil an der Gewerbesteuer in Höhe von -0,4 Mio Euro. Insgesamt stehen 1,9 Mio Euro weniger als Deckungsmittel zur Verfügung.

**Tabelle 2: Abschöpfung der wesentlichen Deckungsmitteln**

	2003	2002	Verb./ Verschl. (-)
<b>(auferlegte Lasten)</b>			
		Tsd. €	
Gewerbsteuerumlage	612,9	243,6	-369,3
Erh. wg. Fonds Deutsche Einheit	282,9	136,5	-146,4
Kreisumlage*)	10.631,6	9.843,0	-788,6
ÖPNV-Mehrbelastung	224,6	0,0	-224,6
Verzinsung Gewerbesteuer	100,0	150,0	50,0
Zinsausgaben Kreditmarkt	750,0	800,0	50,0
	12.602,0	11.173,1	<b>-1.428,9</b>
*) allgemeine Umlage (bei 36,05 v.H.)	6.854,3		
und Mehrbelastung Jugendamt	3.773,4		

Die Negativentwicklung bei den Deckungsbeiträgen wird zudem dadurch verstärkt durch auferlegte Lasten, auf die die Stadt Bedburg letztlich keinen Einfluß hat. Hier ist an erster Stelle die Kreisumlage zu nennen, die Bedburg eine Verschlechterung von -0,7 Mio. Euro beschert. An zweiter Stelle die Mehrbelastung bei der Gewerbesteuerumlage in Form von -0,3 Mio. Euro. Wir gehen gegenüber dem Haushaltsentwurf jedoch noch von einer Reduzierung der Jugendamtsumlage aus, die mit geleisteten Investitionskostenzuschüssen des Landes gegenüber dem Erftkreis zusammenhängen. Der Kämmerer sprach hier von möglichen 200.000 Euro Einsparung bei der Jugendamtsumlage. Nichts desto trotz weisen die Haushaltsentwurfsdaten Mehrbelastungen in Höhe von 1,4 Mio Euro aus. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass der wichtigste Verlustposten die Erhöhung der Kreisumlage ist. Jeder Prozentpunkt Kreisumlage bedeutet für Bedburg Verluste von über 190.100 Euro.

**Tabelle 3: Betrachtung weiterer größere Veränderungen**

Haushaltsjahr	2003	2002	Verb./Verschl. (-)	
		Tsd. €		
<u>Einnahmeseite</u>				
Gebühreneinnahmen	6.044,6	6.470,4	-425,7	
<u>Ausgabeseite</u>				
Personalkosten	7.625,7	7.470,9	-154,8	2,0 7%
lfd. Sachausgaben	8.105,5	7.629,4	-476,0	6,2 4% <b>!</b>
Zinsen	880,1	830,4	-49,7	
zusammen			-1.106,3	

Auch die Gebühreneinnahmen für 2003 sind negativ. Hier ist mit Verlusten in Höhe von 0,4 Mio. Euro zu rechnen. Nicht verschwiegen werden darf jedoch, dass auch auf der Ausgabenseite der Stadt Bedburg negative Entwicklungen feststellbar sind. Bei den Personalkosten sind Steigerungen von 2,07 % festzustellen. Dies ist zwar geringer als dies der Tarifabschluß befürchten ließ, liegt aber über den Daten, die zum Beispiel das Land NRW hier vorsieht. Auch die laufenden Sachausgaben sind deutlich gestiegen. Die Steigerung von 6,24 % wird von der Verwaltung mit baulichen Unterhaltungsmaßnahmen begründet.

**Tabelle 4: Defizitentwicklung im Verwaltungshaushalt**

	HJ	2003	2002	Verb./ Verschl. (-)
		Tsd. €	Tsd. €	
Einnahmen vor Rücküberweisung		26.659	28.916	-2.257,1
Ausgaben		36.549	35.399	-1.149,6
Unterdeckung/Rücküberweisung		9.890	6.483	-3.406,6

Der Kern des Bedburger Finanzproblems muß klar benannt werden: Dies ist die Unterdeckung des Verwaltungshaushalts. Der Verwaltungshaushalt steht mit 9,8 Mio Euro in der Kreide. Das ist eine Verschlechterung gegenüber 2002 in Höhe von 3,4 Mio. Euro. Ein gigantischer Fehlbetrag, der nur durch eine Verschiebung vom Vermögenshaushalt zu Gunsten des Verwaltungshaushaltes für 2003 noch einmal ausgeglichen werden konnte.

Wir stellen also fest: Das Defizit im Verwaltungshaushalt soll gegenüber 2002 erheblich größer ausfallen: um rd. 3,4 Mio. Euro. Die Hauptursache: Von wichtigen allgemeinen Deckungsmitteln bleibt gegenüber dem Haushaltsplan 2002 weniger übrig. Die so geringeren allgemeinen Deckungsmittel werden im Wesentlichen durch die gegenüber 2002 um rd. 3,4 Mio. € größere Rücküberweisung ausgeglichen.

**Tabelle 5: Entwicklung der Verwaltungshaushalte nach Finanzplan**

	HJ	2003*)	2004	2005	2006
			Tsd. €		
Gesamteinnahmen		26.659	29.825	31.141	31.698
Gesamtausgaben		-36.549	-35.942	-35.617	-35.987
		<b>-9.890</b>	<b>-6.117</b>	<b>-4.476</b>	<b>-4.289</b>
Kumuliert '03 - '06		<b>-24.772</b>			
Kumuliert '04 - '06			<b>-14.882</b>		

Das tragische ist, dass eine Betrachtung des Finanzplans und seine Ergebnisse deutlich werden läßt, dass es sich hierbei um kein einmaliges Phänomen handelt, sondern, dass mit hohen, zu großen Defiziten des Verwaltungshaushaltes auch in den kommenden Jahren zu rechnen ist. Kumuliert man die Jahre 2003 bis 2006 kommt man auf knappe 25 Mio Euro Defizite. Hier ist also schon erkennbar, was die Stadt wirklich leisten muß, wenn sie ihr strukturelles Problem im Verwaltungshaushalt lösen will.

**Tabelle 6: Der Finanzplan ist zu optimistisch**

	HJ	2003 €	2004	2005	2006
<u>Einnahmeseite</u>					
ESt-Anteil		6.945	7.292 5,00%	7.292 0,00%	7.802 6,99%
OR-Daten			5,00%	0,00%	7,00%
<u>Ausgabeseite</u>					
Schlüsselzuweisungen		2.243	6.615 194,92%	7.925 19,80%	7.878 -0,59%
OR-Daten			5,30%	0,00%	6,00%
<u>Ausgabeseite</u>					
Personalausgaben		5.509	5.563 0,98%	5.579 0,29%	5.597 0,32%
OR-Daten			1,00%	1,00%	1,00%
Sächl. Verwaltungs- und Betriebsaufwand		9.745	8.783 -9,87%	8.436 -3,95%	8.460 0,28%
OR-Daten			1,50%	1,50%	1,50%
<u>darunter:</u>					
baul. Unterhaltung		1.673	824 -50,75%	473 -42,60%	473 0,00%

Hinzu kommt aber noch, dass dieser Finanzplan deutlich zu optimistisch ist. Zwar ist die Einkommenssteuer mit den zugänglichen Orientierungsdaten richtig kalkuliert. Jedoch zeigt sich bei den Schlüsselzuweisungen, dass die Verwaltung für 2004 von einer Steigerung um 194,92% ausgeht, während die Orientierungsdaten 5,3% empfehlen. Für 2005 setzt die Verwaltung Verbesserungen in Höhe von 19,8 % an, während die Orientierungsdaten eine Nullrunde vorhersagen. Auch die Entwicklung der Personalausgaben ist deutlich zu optimistisch kalkuliert. Die Verwaltung setzt Steigerungen von 0,98% für 2004, 0,29% für 2005 und 0,32% für 2006 an während die Orientierungsdaten Steigerungen von 1% für jedes Jahr vorhersagen. Hier scheint man sich sehr bewußt gesund zu rechnen. Beim sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand das gleiche Bild: Die Orientierungsdaten gehen von Steigerungen von +1,5 % pro Jahr aus. Die Stadtverwaltung meint, dass sie z.B. im Jahr 2004 ganze -9,87% einsparen könnte. Wie utopisch das ist, zeigt der Vorbericht für dieses Jahr auf Seite 18: In 2003 steigt der sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand um 1,127 Mio Euro gegenüber 2002. Kurzum: Wir haben zu hohe Defizite im Verwaltungshaushalt und der Finanzplan der Verwaltung ist zu optimistisch.

**Tabelle 7: Entwicklung der allgemeinen Rücklage nach Finanzplan**

HJ	2003	2004	2005	2006
	Tsd. €			
Bestand 1.1.	9.990	2.040	2.040	2.040
es sollen abfließen:				
für Verwaltungshaushalt	-9.890	0	0	0
für Vermögenshaushalt				
zugeführt werden sollen:				
ÖPNV-Rücklage	1.940	0	0	0
Bestand 31.12.	2.040	2.040	2.040	2.040
Mindestbestand	764	nicht wesentlich höher		

Wie will man diese Lücken schließen? Mit Mitteln der allgemeinen Rücklage? Der Finanzplan macht deutlich, dass dies nur noch 2003 gelingen kann. Die Rücklage wird dieses Jahr fast ganz geplündert. Dabei wird die Sonderrücklage ÖPNV bereits voll in Anspruch genommen. Wir erinnern daran, dass diese seinerzeit unter SPD-Führung in der Stadt zur Einrichtung eines Stadtbusses gedacht war. Es war ein Ausgleich insbesondere für die Bürger von Kaster, die von RWE-Rheinbraun für den Wegfall des Bahnhaltdepot Kaster entschädigt wurden. Fakt ist, dass die Rücklage sich künftig nach den Angaben des Finanzplanes im Bereich des gesetzlichen Mindestbestandes bewegen wird.

Wie schwierig dieser Vorgang prinzipiell zu bewerten ist, hat unser Fraktionsvorsitzender Horst Druch bereits zum Haushalt 2001 in seiner damaligen Haushaltsrede ausgeführt. Es geht dabei um die Bewertung der Rückzuführen vom Vermögens- zum Verwaltungshaushalt. Prinzipiell gilt der - auch rechtlich fixierte - Grundsatz, dass Neuverschuldungen letztlich nur für investive Maßnahmen eingesetzt werden sollten. Wir stellen aber nunmehr fest, dass Haushaltsreste aus dem Vermögenshaushalt in immer größeren Dimensionen der Rücklage zufließen und dort dann im kommenden Haushaltsjahr für konsumtive Zwecke im Verwaltungshaushalt verwendet werden. Uns ist zwar bewusst, dass es diese „Kämmerer-Tricks“ immer schon gegeben hat, wenn sie jedoch eine derartige volumenmäßige Ausweitung erfahren, wie dies in Bedburg der Fall ist, so ist dies fiskalisch schwer bedenklich und natürlich auch haushaltsrechtlich fraglich. Wir werden diesen Trend auch dieses Jahr sehr kritisch verfolgen und vor allem das Ergebnis der Jahresrechnung hierfür analysieren, dass die Kämmerei bis zum Ende dieses Monats vorzulegen hat. Für die SPD-Fraktion ist dabei eines entscheidend: Wir werden keine Politik mittragen bei der Kreditaufnahmen für ausgewiesene Vermögenszwecke letztlich über den Verschiebebahnhof der Rücklage zum Finanzierungsinstrument für laufende Verwaltungsausgaben wird. Der Kämmerer hat der SPD-Fraktion gegenüber erklärt, dass die Bedingungen der Nettokreditaufnahme mittlerweile auch von der Aufsichtsbehörde kritischer gesehen werden. Er verwies in diesem Zusammenhang auf einen entsprechenden Erlass des Regierungspräsidenten, der den Nachweis von drei Jahre sogenannter „Sparhaushalte“ verlange und darauf hin dann wieder im vierten Jahr erneute Kreditaufnahmen zulassen. Dies können wir nicht bewerten, da uns weder dieser Erlaß vorliegt, noch klar ist auf welcher landesrechtlichen Grundlage selbiger steht. Wir können aber festhalten, dass die „Tricks der Kämmerei“ in diesem Bereich eigentlich bereits jetzt für jeden geneigten Leser des Haushaltsplanes transparent ist.

Der Kämmerer stellt auf der ersten Seite des Vorberichtes schon dar, dass wir aktuell mit Haushaltseinnahmeresten in Höhe von 9,1 Mio Euro kalkulieren. Diese stehen mit den Bedingungen des § 22, Abs. 3 der Gemeindehaushaltsverordnung nach Auffassung der SPD-Fraktion nicht in Übereinstimmung da die entsprechende Ausgabereise im Vermögenshaushalt fallen offenbar regelmäßig – für unsere Begriffe systematisch - im Laufe eines jeden Haushaltsjahres weg. Was dies in der Konsequenz heißt ist dramatisch und muß auch so formuliert werden: Es kann nämlich nicht mehr ausgeschlossen werden, dass Personalkosten wie zum Beispiel das Gehalt des Kämmerers und des Bürgermeisters über Kredite mitfinanziert wird.

Eine solche Lastenverschiebung zum Nachteil der jungen und der kommenden Generationen wäre unhaltbar. Wir stellen fest, dass es eine Verdopplung der Pro-Kopf-Verschuldung in der Stadt Bedburg unter der Verantwortung dieser Verwaltungsspitze und unter der Verantwortung der Ratsmehrheit gegeben hat. Natürlich ist klar, dass es quasi natürlich hierzu unterschiedliche Bewertungen zwischen CDU und SPD geben wird, wir bitten alle Mitglieder des Rates den Vorgang der Verschiebungen von Mitteln zwischen Vermögens- und Verwaltungshaushalt anhand der Jahresrechnung kritisch mitzuverfolgen. Die Aufblähung der Rücklage seit dem Jahr 2000 muß vor diesem Hintergrund sehr sorgsam untersucht werden. Zudem sei jetzt schon klar prognostiziert, dass derartiges Gebaren spätestens mit der gesetzlich vorgesehenen Einführung der „Dopik“ ab dem Jahr 2005 vollens transparent werden wird, da das neue Haushaltsrecht dann eine zwingende Buchung von entsprechenden Titeln auf beiden Seiten der Bilanz notwendig macht.

**Tabelle 8: Einnahmen aus Grundstücksverkäufen nach Finanzplan**

2003 Tsd. €	2004 Tsd. €	2005 Tsd. €	2006 Tsd. €
600	500	200	0

Der Blick in den Finanzplan macht auch deutlich, dass die Lücken durch Vermögensveräußerungen nicht geschlossen werden kann. Dieser Eindruck wurde in der Vergangenheit immer einmal wieder verbal geweckt. Festzustellen ist aber, dass Grundstücksverkäufe hier keinen entscheidender Beitrag leisten. Fazit: Die nach 2003 noch disponible Rücklagenmittel von rd. 1,2 Mio. € und die angeführte Verkaufserlöse werden bei weitem nicht ausreichen.

Die SPD-Fraktion stellt in diesem Zusammenhang auch fest, dass eine konjunkturelle Belebung die bestehenden Probleme nicht lösen kann. Wie wir gezeigt haben fehlen strukturell jährlich etwa 5 Mio. Euro. Um dies im Rahmen einer wirtschaftlichen Belebung erzielen zu können, müßte man mindestens 10 Mio. Euro zusätzlicher Gewerbesteuereinnahmen haben, da etwa die Hälfte über die Gewerbesteuerumlage wieder abfließen würde. Es lohnt gar nicht darzustellen wie unrealistisch dies wäre.

Die Schlußfolgerung der SPD-Fraktion ist: An einem Haushaltssicherungskonzept führt ab 2004 bei klarer Ausweisung aller Entwicklungen voraussichtlich kein Weg vorbei. Es scheint vielmehr ein politisches Kalkül zu sein, ein solches Haushaltssicherungskonzept für das Kommunalwahljahr 2004 nicht notwendig

erscheinen zu lassen und dies mittels unrealistischer Prognosen im Finanzplan zu kaschieren. Dabei ist uns bewußt, dass mit einem Haushaltssicherungskonzept noch viel weiter reichender Handlungsbedarf offen zu tage treten könnte wie das Beispiel der Gewässerunhaltung in Erfstadt zeigt

## 1. Das Angebot der SPD-Fraktion

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bedburg hat deutlich gemacht, dass sie keine Fundamentalopposition betreibt, sondern bereit ist, die Konsolidierung der städtischen Finanzen mit zu gestalten. Wir sind auch bereit unbequeme und unbeliebte Entscheidungen mitzutragen. Auf der Einnahmeseite haben wir dies bereits gezeigt: Als Opposition haben wir einer Erhöhung der Grundsteuer zugestimmt, um einer Anhebung der fiktiven Hebesätze durch das Land NRW gerecht zu werden. Wir machen darauf aufmerksam, dass die CDU-Opposition im Bund zu solchem Verhalten kategorisch nicht bereit erscheint; die SPD-Opposition in Bedburg jedoch bereit ist auch unpopuläres mitzutragen.

Diese Bereitschaft der Sozialdemokraten zur Konsolidierung gilt auch für die Ausgabenseite des Haushaltes und wir unterbreiten der CDU-Mehrheitsfraktion und der Kämmerei daher ein konkretes Angebot zur Zusammenarbeit. Wir sind bereit, sehr schmerzhaft Einschnitte vorzunehmen und weitreichende Kürzungen auf der Ausgabenseite vorzunehmen. Kurzum: Wir sind zur Gemeinsamkeit bereit, obwohl taktisches Positionieren im Vorfeld von Kommunalwahlen möglicherweise einen höheren Eigennutz für die SPD haben könnte.

Das Angebot ist jedoch ausdrücklich an die Bedingung geknüpft, dass folgende fünf Punkte anerkannt bzw. unverzüglich umgesetzt wird:

1. Die bisherigen Fehler in der Finanzplanung müssen korrigiert werden. Aufgrund von geschönten Daten in der mittelfristigen Finanzplanung kann kein Konsolidierungsprozess eingeleitet werden. Die **tatsächliche Situation ist schonungslos offenzulegen.**
2. Der Kämmer hat im Kern darzustellen, dass seine bisherige Diagnose zum Konsolidierungsbedarf falsch ist: Wir brauchen **statt 1,5 Mio. Euro in Wirklichkeit rund 5 Mio. Euro** jährlicher Reduzierungen im Haushalt um das strukturelle Problem der städtischen Finanzen in den Griff zu bekommen.
3. Damit kann nicht der sogenannte „Leitfaden zur Haushaltskonsolidierung“ Grundlage für die wirkliche Einsparleistung sein, da er erstens nicht auf den wirklichen Konsolidierungsbedarf ausgelegt ist und zweitens die Politik nur auf die Bereiche des Haushalts lenkt, die der Verwaltung am opportunisten erscheint. Wir erwarten eine Fokussierung auf die wirklich großen Ausgabenblöcke (Bäder, Schloß, Zusammenlegungen von Feuerwehren, Personal etc.) und wir sind nicht bereit endlose Diskussionen um Beträge im 100 oder 1000 Euro Bereich zu führen, die keine spürbaren Entlastungswirkungen haben, die die Politik letztlich zeitlich blockiert und die offenbar leider derzeit verwaltungsseitig angestrebt ist. Wir müssen uns **über die großen Blöcke unterhalten und nicht über dass, was sich Verwaltungsmitarbeiter wünschen**, das wir uns darüber unterhalten mögen.
4. Sobald versucht werden sollte, aus den notwendigen Sparvorschlägen und Überlegungen dadurch politischen Profit zu schlagen, dass man die Vorschläge parteipolitisch geißelt, ist die Basis für eine Zusammenarbeit zerstört. Dieser Prozeß verlangt ein großes Maß an **Vertrauen über Parteigrenzen hinweg.**

Zwingend erscheint es von der derzeitigen Unkultur abrücken, mit einer absoluten Mehrheit die Opposition im Rat platt machen zu wollen. Mißtrauen kann keine Grundlage für gemeinsame Konsolidierungspolitik sein, letztlich müssen alle Beteiligten zu einer „Win-Win“-Situation gelangen.

5. Die Parteien müssen bereit sein, **gemeinsam auf die Bedburger Bürgerschaft** zuzugehen, um um Verständnis für Einschnitte zu werben, die notwendige Transparenz eines solchen schmerzhaften Prozesses sicherzustellen und eine breite öffentliche Basis der Bedburgerinnen und Bedburger an den Entscheidungen zu beteiligen.

Nur wenn diese fünf Punkte anerkannt werden, sehen wir eine Grundlage für eine wirkliche und eine gemeinsame Konsolidierungspolitik. Für die konkreten Fachbereiche heißt das:

## **2.1 Budget Ratsbüro**

Dem Vorschlag eines von außen moderierten Steuerungsprozesses ist zu folgen. Wir wollen das Angebot der KGSt annehmen. Im Zusammenhang mit diesem Beratungsprozess sind wir auch bereit, über die weitere Zusammenlegung von Ausschüssen nachzudenken, da diese Rationalisierungseffekte in der Betreuung des Rates durch die Verwaltung erzielen kann. Bei Produkten wie dem SD Office sind alle Gegenpositionen in Form von Einsparvolumen (z.B. bei Druckerei und Fahrdienst) ehrlich darzustellen. Wir sind nicht bereit in diesem Zusammenhang Diskussionen um Beträge zu führen, die in keinem Verhältnis zum Konsolidierungsbedarf stehen zu führen. Hierzu zählt die vorgeschlagene Einschränkung der gerade besiegelten Städtepartnerschaft

## **2.2 Budget Fachbereich I (Planen, Bauen Wirtschaftsförderung)**

Auffällig beim sogenannten „Leitfaden zur Haushaltskonsolidierung“ ist, dass dieser Fachbereich mit Abstand am wenigsten Einsparvorschläge selber zur Disposition stellt, obwohl das verwaltete Budget sehr umfangreich ist. Es ist zu überlegen, ob eine externe Bewertung durch eine Unternehmensberatung vorzunehmen ist, wenn hier der notwendige Eigenantrieb zur Kraftanstrengung zu vermissen bleibt. Mit sehr viel Aufwand wurde seinerzeit ein Konzept zur Wirtschaftsförderung (Frau Fuß) erarbeitet und vorgestellt. Erfolge und Umsetzungen konnten dem Rat nicht vorgelegt werden. Hier müssen Bewertungen durch den Rat vorgenommen werden, ggf. Konsequenzen im Budget und im Stellenplan erfolgen.

## **2.3 Budget Fachbereich II (Schule, Kultur, Ordnung, Soziales)**

Für die SPD-Fraktion ist die Zusammenlegung der Feuerlöschzüge unter den genannten fünf Bedingungen zu behandeln. Das heißt, dass wir uns dem Thema nicht grundsätzlich verschließen. Unabdingbar ist aber, dass dieser Bereich der öffentlichen Sicherheit auch im Fachausschuß bewertet wird. Es ist zu klären, ob und wie ein solcher Prozeß im Rahmen eines schlüssigen Gesamtkonzeptes realisiert werden kann. Gehen die Fahrzeuge aus Lipp nach Bedburg? Gehen 100

Feuerwehrlaute in das neue Haus? Es ist absolut unrealistisch, Samstags Unterlagen mit solchen Vorschlägen zu bekommen und am folgenden Dienstag Feuerwehren in der Stadt „platt zu machen“.

Das Thema Parkraumbewirtschaftung kommt nach unserer Ansicht, dem Todesstoß für die Bedburger Innenstadt gleich und würde auch das Geschäftszentrum in Kaster schädigen. Ebenfalls stehen die hohen Anschaffungskosten dem Projekt entgegen. Es ist eine schwere Wettbewerbsverzerrung für Geschäftsleute in Bedburg, wenn man letztlich nur noch am Real keine Parkplatzgebühren zu zahlen hätte.

Im Bereich der Schulsozialarbeit wollen wir den eingeschlagenen Weg fortsetzen. Hier darf nach Ansicht der SPD nicht gekürzt werden. Bei Kulturveranstaltungen, Kulturförderung und Büchereien gilt unsere Verhandlungsbereitschaft. Hieraus würde sich ggf. auch das Entbehrlichwerden einer entsprechenden Personalstelle entwickeln. Wenn man gemeinsam zu dem Ergebnis gelangt, dass eine thematische Fortsetzung im Personalkörper gewünscht wird, so ist ein Deckungsbeitrag unabwendbar, der durch die Stewlle selber in Form von kulturellem Sponsoring erzielt wird. Uns ist aufgefallen, dass der Veranstaltungskalender ursprünglich einmal durch Werbung finanziert werden sollte. Solche Beschlußlagen sind strikt einzuhalten. Wir sind nicht bereit nicht zielführende Debatten zu nicht-Haushaltsentscheidenden Punkten wie z.B. die Jugendmusikschule zu führen.

#### **2.4 Budget Fachbereich III (Facility-Management)**

Wir haben gesagt, dass wir zu unbequemen Entscheidungen bereit sind. Das heißt: Wir beantragen die Kündigung des Mietvertrages für das Bedburger Schloß. Das Schloß ist nur an rund 100 Tagen mit Veranstaltungen belegt, der Großteil sind dabei Stadt-Veranstaltung, die erhebliche Kosten verursachen. Aus unserer Sicht ist nicht einzusehen, dass Kunstausstellungen bezuschußt werden auf denen Bilder zum privaten Vorteil verkauft werden und die Allgemeinheit dies zu tragen hat. Nur zur Karnevalszeit ist das Schloß wirklich ausgebucht. Wenn die Kanevalsvereine der Stadtverwaltung bereits bei geringfügigeren Mieterhöhungen damit drohen, künftig ihre Veranstaltungen in einem Zelt durchzuführen, so ist diese Alternative auch von der Stadt zu kalkulieren., Für die SPD ist die Zeit des Verhandeln mit dem Schloßeigentümer vorbei. Es ist nicht weiter hinzunehmen, dass die Stadt fortwehrend bemüht ist in Sachen Schloß, die Probleme für den Eigentümer lösen zu wollen. Bei der Multihalle in Kaster beantragen wir, die Veranstaltungsstätte dem neuen Besitzer der Tennishalle zum Kauf anbieten.

Auch beim Thema Bäderkonzept sind wir zu weitreichenden Änderungen unter den genannten fünf Bedingungen bereit. Wir nehmen die ersten Vorüberlegungen der Verwaltung in dieser Sache zur Kenntnis. Weisen aber darauf hin, dass bei der Suche nach einem privaten Investor, nicht Stadt Bedingungen entwickeln muß sondern der selbst Investor die Bedingungen bestimmt. Wir sind zu einer kurzfristigen Neuausrichtung bereit.

Im Schulbereich werden wir die Bereiche die nicht von der Fachverwaltung empfohlen werden können, auch nicht folgen. Sonst können wir den Verwaltungsvorschlägen folgen.

Prinzipiell ist anzumerken, dass im Bereich des Fachbereiches III die Einsparvorschläge der Verwaltung in Höhe von 1,2 Mio. weitestgehend nur durch das „Schieben“ von Maßnahmen erreicht wird. Das widerspricht eigentlich dem Grundsatz des Facility-Management, bei dem darauf zu achten wäre, dass man z.B. Straßenschäden nicht solange unausgebessert läßt, bis übermäßige weitere Schäden z.B. in Form von Schäden am Straßenunterbau entstehen. Wenn diese Grundsätze außer Acht geraten handelt es sich auch hier letztlich um keine Einsparungen sondern wiederum nur um eine Lastenverschiebung zum Nachteil künftiger Steuerzahler.

## **2.5 Budget Fachbereich IV (Finanzen, Personal, Organisation)**

In diesem Fachbereich verweisen wir nochmals ausdrücklich auf die von uns formulierten fünf Bedingungen. Im Personalbereich sind für uns allenfalls Anhebungen denkbar. Neuanstellungen stimmt die SPD nicht zu. Es darf keine heiligen Kühe bei den Konsolidierungsbemühungen geben. Wir wollen im Personalbereich 10 % Einsparungen in den nächsten drei Jahren analog dem Vorgehen in anderen Gebietskörperschaften. Dies soll erreicht werden durch Einstellungsstopp und Wiederbesetzungssperre. Nur für Notfälle sollen Stellen mit Mitarbeitern aus dem freiwilligen Aufgabenbereichen wiederbesetzt werden. Die von uns angestrebten Neustrukturierungen im Bereich Schloß, städtische Bäder, Veranstaltungsstätten und Kultur müssen zudem Entlastungswirkungen für den Personalbereich haben.

Weiterhin fordern wir eine zielgerichtete interkommunale Zusammenarbeit. Auch diese muß ebenfalls Konsequenzen im Personalbereich haben. Andere Kommunen wie z.B. Brühl und Wesseling haben hier messbare Erfolge durch Zusammenlegung von Ämtern realisiert.

Eine Kanalnetzveräußerung könnte die Stadt von der Kreditbelastung befreien. Es würden aber kalkulatorische Kosten zu Gunsten des Haushaltes wegfallen. Das bedeutet ein Nullsummenspiel für den Verwaltungshaushalt. Eine Veräußerung macht für uns nur Sinn, wenn sie auch zu Konsequenzen im Personalbereich führt.

### **Fazit**

Wir betonen nochmals unsere Bereitschaft zur wirklichen und umfassenden Konsolidierung und bringen die vorgenannten Vorschläge unter der Maßgabe der fünf genannten Bedingungen ein.